

Christoph Butterwegge

Fatale Unwucht: Armut und Reichtum unter Schwarz-Rot

Als die Ampelkoalition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP am 6. November 2024 nach knapp drei Jahren zerbrach, war der Zeitpunkt für die fristgerechte Präsentation ihres Armuts- und Reichtumsberichts (ARB) längst verstrichen. Dieser wird gemäß eines im Oktober 2001 gefassten Bundestagsbeschlusses jeweils zur Mitte einer Legislaturperiode fällig. Umso leichter hatte es nunmehr Bärbel Bas (SPD) als neue Arbeits- und Sozialministerin, weil sie auf die Vorarbeiten des jahrelang von ihrem Parteifreund Hubertus Heil geleiteten Hauses für den Siebten Armuts- und Reichtumsbericht zurückgreifen konnte. Seit dem Regierungswechsel am 6. Mai 2025 sind daher weniger als fünf Monate vergangen, bis die Berichtsentwurfsfassung nach einer im Vergleich zu früheren Berichten geräuschlosen Ressortabstimmung vorlag.¹

Als die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder am 27. Januar 2000 erstmals den Auftrag zur Vorlage eines Armuts- und Reichtumsberichts erteilte, verband der Bundestag damit die Forderung, dass die Erfassung der Ungleichheit „in die Analyse der gesamten Verteilung von Einkommen und Lebenslagen eingebettet“ sein müsse, dass der Report genaueren Aufschluss über „individuelle und kollektive Lebenslagen“ geben solle und „nicht zu einem Zahlengrab“ werden dürfe. Weiter hieß es in dem besagten Parlaments-

beschluss: „Die Berichterstattung muss die Ursachen von Armut und Reichtum darlegen.“

Manch Verdienstvolles, mehr Kritikwürdiges

Erfüllt wird diese zentrale Anforderung in dem am 1. Oktober 2025 vorgelegten Berichtsentwurf allerdings nicht. Der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht enthält zwar wieder eine Fülle an teils aufschlussreichen, teils weniger interessanten und teils gar nicht zum Thema gehörenden Informationen, aber er verfehlt den Kern des Problems: Während die Armut langsam bis in die Mitte der Gesellschaft vordringt, konzentriert sich der Reichtum in immer weniger Händen. Das aber ist Gift für den sozialen Zusammenhalt und eine Gefahr für die Demokratie. So wartet das Regierungsdokument mit einer Vielzahl von Statistiken, Tabellen und Schaubildern auf, die von der „Inanspruchnahme des Kinderzuschlags“ über die „Kinderzahl nach Bildungsniveau und Kohorte der Frauen“ bis zu den „Wiedervermietungsmieten inserierter Wohnungen in Euro je m² nettokalt 2010 bis 2024“ reichen. Als Leser:in steht man entweder bewundernd oder leicht verwirrt vor einem riesigen Zahlenwerk, das über weite Strecken einem Datenfriedhof gleicht. Weniger wäre an dieser Stelle sicher mehr gewesen. Vielleicht haben die Verfasser:innen selbst am Ende vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr gesehen und aus diesem Grund auch ihren Arbeitsauftrag verfehlt.

1 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), Lebenslagen in Deutschland. Der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berichtsentwurf vom 1.10.2025, Berlin, armuts-und-reichtumsbericht.de.

Denn wer in prägnanter Form zu erfahren hofft, ob sich die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland vertieft oder eher geschlossen hat, wo die Gründe hierfür liegen und was zu tun ist, wird enttäuscht: Nach den gesellschaftlichen, sozioökonomischen und politischen Ursachen der ungleichen Verteilung wird gar nicht erst gefragt. Geschieht dies zumindest im Ansatz doch einmal, geht die Erklärung nicht über eine „natürliche“ hinaus. So weist der aktuelle Berichtsentwurf auf die Banalität hin, „dass Ungleichheit schon dadurch entsteht, dass Vermögensbildung ein langfristiger Prozess im Lebensverlauf ist. Dadurch steigt das Vermögen mit zunehmendem Alter an, da es über einen längeren Zeitraum angespart werden kann und im Lebensverlauf steigende Einkommen auch mehr Möglichkeiten zum Sparen eröffnen.“²

Immerhin wird die Ungleichverteilung von Erbschaften und Schenkungen, zu denen es wegen steuerrechtlicher Vorteile übrigens oft schon im Kindesalter der Bevorzugten kommt, unter Bezug auf eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) konstatiert – allerdings auch sofort wieder relativiert: „Die Verteilung intergenerationaler Transfers weist klare Unterschiede auf: Die obersten zehn Prozent der Begünstigten erhielten fast die Hälfte aller insgesamt übertragenen Erbschaften und Schenkungen, während die unteren fünfzig Prozent nur rund sieben Prozent erhielten. Erbschaften und Schenkungen erhöhen somit die absolute Vermögensungleichheit. Die Bedeutung von kleineren Transfers ist aber am unteren Ende der Vermögensverteilung vergleichsweise groß, was insgesamt die relative Ungleichheit, wie sie der Gini-Koeffizient widerspiegelt, sinken lässt.“³

Was aber das Ausmaß der Ungleichheit mit den bestehenden Wirtschafts-

strukturen, Eigentumsverhältnissen und Verteilungsmechanismen zu tun hat, erfährt man nicht. Vielmehr bleibt der Text rein deskriptiv und lässt jegliche analytische Tiefenschärfe vermissen. Ausführlich wird etwa die „Entlastung einkommensschwächerer Haushalte“ durch das Wohngeld und seine Erhöhung dargestellt, jedoch nicht problematisiert, dass es letztlich den Vermietern zugutekommt, wodurch die Mietpreise möglicherweise steigen und sich die soziale Ungleichheit verschärft. Auch geraten eher die Auslöser individueller Notlagen wie Arbeitslosigkeit, (Früh-)Invalidität, Trennung bzw. Scheidung und frühzeitiger Tod des Lebenspartners ins Blickfeld, während die strukturellen Determinanten sozialer Auf- und Abstiege im Dunkeln bleiben.

Verharmlosung der Armut

Bis heute wird die Armut in Deutschland verharmlost, etwa durch ihre Kontrastierung mit dem Hunger und dem Elend von Bewohner:innen des Globalen Südens.⁴ Hinsichtlich der Altersarmut findet sich im Berichtsentwurf eine ähnliche Relativierung: „Im letzten Fünfjahreszeitraum von 2017 bis 2021 waren nur sechs Prozent der Menschen in der sozialen Lage ‚Armut‘ über 64 Jahre alt. Dementsprechend war auch der Anteil der über 65-Jährigen, die in der sozialen Lage ‚Armut‘ sind, mit 11,9 Prozent unterdurchschnittlich. Dieses Bild ist gegenüber dem Zeitraum vom Jahr 2010 bis zum Jahr 2014 kaum verändert (12,7 Prozent).“⁵ Dabei sind die Senior:innen diejenige Altersgruppe, deren Armutsrisiko seit vielen Jahren am stärksten steigt. Auch hinsichtlich der Ver- bzw.

2 Ebd., S. 127.

3 Ebd., S. 133.

4 Vgl. Christoph Butterwegge, Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, 4. Aufl., Frankfurt a.M. und New York 2016.

5 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), Lebenslagen in Deutschland, a.a.O., S. 163.

Überschuldung gibt der Berichtsentswurf vorschnell Entwarnung: „Sowohl der Anteil der Haushalte mit Schulden als auch der Anteil der Haushalte mit negativem Nettovermögen, bei denen die ausstehenden Schulden das Bruttovermögen übersteigen, haben sich seit 2010/11 deutlich reduziert.“⁶ Wie sehr die anhaltenden Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Energie und Wohnungsmieten zu Existenzsorgen bis in die Mittelschicht führen, macht der Regierungsbericht genauso wenig deutlich wie den Umstand, dass sich die Arbeits- und Lebensbedingungen von Millionen Menschen zuletzt drastisch verschlechtert haben.

Verschleierung des Reichtums

Da der Reichtum in früheren Berichten der Bundesregierung ein Nischendasein geführt hat, ist das Bemühen spürbar, ihn diesmal stärker zu berücksichtigen. Fragwürdig ist allerdings, dass Einkommensreichtum im vorliegenden Dokument bereits bei einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 5000 Euro (Reichtumsschwelle des zweifachen Medianeinkommens nach unterschiedlichen Datenquellen) und Vermögensreichtum bei einem Nettovermögen von 500 000 Euro (in Preisen von 2017) beginnt. Man muss kein Spitzenverdiener oder Hochvermögender sein, um es kurios zu finden, dass ein Oberstudienrat wegen seines monatlichen Nettoeinkommens von rund 4500 Euro für einkommensreich und der Besitzer einer kleinen Eigentumswohnung in einer beliebten Großstadtlage für vermögensreich erklärt wird. Wenn so rund zehn Prozent der Bevölkerung als reich gelten, gerät der wirkliche Reichtum aus dem Blickfeld.

Den wirklichen Reichtum verschleiert der Berichtsentswurf auch durch seine Unterscheidung von acht Soziallagen, die von „Armut“ als unterster bis

„Wohlhabenheit“ als oberster Kategorie reichen. Reichtum fällt an dieser Stelle ganz unter den Tisch, obwohl er die Entwicklung unserer Gesellschaft mehr denn je bestimmt.

Gestützt auf Angaben der Bundesbank stellt der Berichtsentswurf fest, dass die Ungleichverteilung der Nettovermögen privater Haushalte im Zeitraum zwischen 2010/11 und 2023 leicht abgenommen habe, wodurch der Gini-Koeffizient, der 0 bei einer Gleichverteilung und 1 bei extremer Ungleichheit (einer besitzt alles) beträgt, von 0,76 auf 0,72 gesunken sei.⁷ Hinsichtlich der skandalösen Vermögenskonzentration in Deutschland, die sich nur geringfügig von jener der USA unterscheidet, erkennt die Bundesregierung denn auch keinen akuten Handlungsbedarf. Vielmehr werden die Leser:innen beruhigt und beschwichtigt: „Der Anteil des Nettovermögens, das die vermögendsten zehn Prozent der Verteilung besitzen, veränderte sich in den vergangenen Jahren nur leicht. Nach wie vor besitzen die zehn Prozent der vermögendsten Haushalte 54 Prozent des gesamten Nettovermögens. 2010/11 waren es noch 59 Prozent. Der Median der Nettovermögen, also die Grenze zwischen oberer und unterer Hälfte, lag 2023 bei 103 200 Euro. Um zu den vermögendsten zehn Prozent der Haushalte in Deutschland zu gehören, war 2023 ein Nettovermögen von rund 780 000 Euro nötig.“⁸

Doch dass die fünf reichsten (Unternehmer-)Familien in Deutschland zusammen ein Privatvermögen von 250 Mrd. Euro besitzen und damit mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung, also über 40 Millionen Menschen⁹, erfährt man nicht. Von den bekannten Familiendynastien, in deren Händen sich der Reichtum zunehmend konzentriert, taucht sicher nicht zufällig keine einzige im Bericht der Bundes-

⁷ Vgl. ebd., S. 126.

⁸ Ebd., S. 126.

⁹ Vgl. Christoph Butterwegge, *Umverteilung des Reichtums*, Köln 2024, S. 189f.

⁶ Ebd., S. 128.

regierung auf. Dieter Schwarz, Eigentümer von Lidl und Kaufland, verfügt als reichster Mann der Bundesrepublik über ein Privatvermögen in Höhe von 46,5 Mrd. Euro. Klaus-Michael Kühne, zweitreichster Deutscher, kassiert jedes Jahr Dividenden in mehrfacher Milliardenhöhe, auf die selbst dann, wenn er seinen Wohnsitz nicht in die Schweiz verlegt hätte, nur 25 Prozent Kapitalertragsteuer fällig würden. Dem reichsten Geschwisterpaar unseres Landes, Susanne Klatten und Stefan Quandt, gehört fast die Hälfte von BMW. Hinzu kommen die Familie Albrecht/Heister als Erb:innen der Gründer von Aldi Nord und Aldi Süd sowie die Familie Boehringer/von Baumbach, welcher der Pharmakonzern Boehringer Ingelheim gehört. Auch die Namen großer Konzerne, von Groß- und Privatbanken oder von Finanzkonglomeraten wie BlackRock finden sich im Regierungsbericht nicht.

Selbstbeweihräucherung statt nüchterner Berichterstattung

An manchen Stellen des Berichts verwundert, wie ungeniert seine Verfasser:innen die Bundesregierung als ihre Auftraggeberin für deren Steuer- und Sozialpolitik loben. Offenbar dient der Armuts- und Reichtumsbericht als Erfolgsbilanz statt als Problemaufriss. Überschwänglich lobt er die Regierung für ihren Einsatz im Kampf gegen Energiepreisexplosion und Inflation: „In den vergangenen Jahren wurde durch das entschlossene Handeln der Bundesregierung mit zielgerichteten Entlastungsmaßnahmen dafür gesorgt, dass die wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Folgen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine effektiv abgefedert werden konnten.“¹⁰ Doch kritisch anzumerken bleibt, dass sich die Entlastungspakete primär an Unternehmen und Erwerbs-

tätige richteten, während beispielsweise die Rentner:innen zunächst völlig „vergessen“ wurden, obwohl sie aufgrund ihres Alters besonders kälteempfindlich sind und auch deshalb mehr heizen müssen, weil sie in der Regel nicht berufstätig, sondern tagsüber zu Hause sind.¹¹ Auch hatte die inflationäre Entwicklung schon während der Covid-19-Pandemie begonnen. Den seinerzeit davon besonders hart getroffenen Menschen im Hartz IV-Bezug gewährte die Bundesregierung aber erst im Mai 2021 eine Einmalzahlung in der bescheidenen Höhe von 150 Euro, während sie bereits zu Beginn der Coronakrise im März 2020 den Wirtschaftsstabilisierungsfonds zur Stützung von Unternehmen mit einem Volumen von 600 Mrd. Euro geschaffen hatte. Allein der österreichische Multimilliardär und kriminelle Pleitier René Benko erhielt aus diesem für Galeria Karstadt Kaufhof nicht weniger als 680 Mio. Euro, die größtenteils verloren gingen.

Leider nutzt die Bundesregierung ihren Bericht in erster Linie, um dem (Wahl-)Volk ihre Politik als Erfolgsgeschichte zu „verkaufen“, statt damit soziale Probleme aufzudecken und Polarisierungstendenzen zu analysieren, woraus sich Konsequenzen für eine Änderung der Regierungspraxis ziehen ließen. Durch seine Beschönigungs-, Beschwichtigungs- und Selbstentlastungsversuche ähnelt der Bericht einer politischen Beruhigungsspielle, obwohl er doch eigentlich die infolge der sich überlappenden Krisen noch gewachsenen Spaltungstendenzen im Land offenlegen, die Öffentlichkeit aufrütteln und Maßnahmen gegen die extreme Ungleichheit empfehlen müsste. Ein solcher Bericht könnte die Basis für eine konsequente Politik der Armutsbekämpfung sein, statt Reichtum weiter zu verschleiern.

¹¹ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Deutschland im Krisenmodus. Infektion, Invasion und Inflation als gesellschaftliche Herausforderung, Weinheim und Basel 2024, S. 41 ff.

¹⁰ Lebenslagen in Deutschland, a.a.O., S. 61.